

Mit der CDU-Fraktion wird es keine Steuererhöhungen geben

Die CDU Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg hat bei ihren Haushaltsberatungen beschlossen, keine Steuererhöhungen vorzuschlagen oder mit zu tragen. „Die Steuersätze sind in Ronnenberg bereits im obersten Bereich in der Region“, so die Fraktionsvorsitzende Stephanie Harms. „Daher werden wir gemeinsam mit der FDP-Fraktion einen Antrag stellen, mit dem die Verwaltung beauftragt wird, die beabsichtigten Investitionen hinsichtlich Umfang, Standard und Zeitpunkt nochmals kritisch zu überprüfen“, so Harms.

„Des Weiteren ist eine Reduzierung um mindestens 10% des Fehlbetrages (Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag von 6.435.000,00 €) durch Kürzung der Aufwendungen anzustreben“, so Harms weiter. Die Ronnenberger Christdemokraten fragen sich zum Einen, ob die Erweiterung des Ronnenberger Friedhofs mit einem Ansatz von 180.000,00 € unbedingt in 2010 erfolgen muss, oder ob dieses nicht verschoben werden kann. Zum anderen hält die CDU-Fraktion die Neuausstattung des Sitzungszimmers für € 40.000,00 nicht für zwingend erforderlich in 2010. „Im Haushalt sind viele Ansätze enthalten, die hinsichtlich „Dringlichkeit“ und „Begründung“ fragwürdig erscheinen“, so Harms.

Die CDU-Fraktion stellt insbesondere als gemeinsames Ziel mit der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Grünen die Verschlankung der Verwaltungsleitung in den Vordergrund. Bereits bei den letzten Haushaltsberatungen wurden die ersten Schritte in die Wege geleitet. Die Ebene der Verwaltungsleitung besteht derzeit aus sechs Personen und soll in 2011 auf vier Personen reduziert werden, also eine gestraffte Organisationsstruktur. Die Einführung von drei Fachbereichsleitern (ohne übergeordnete Geschäftsbereichsebene) soll in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Grünen gestellt werden.

Die Ronnenberger Christdemokraten sind sich auch darin einig, dass in allen Bereichen gespart werden muss, so sollen auch die Ratsmitglieder mit gutem Beispiel voran gehen. Die Einsparvorschläge „Streichung der Sitzungsgelder“ und „Streichung der Zuschüsse für die Fraktionen“ unterstützen CDU und FDP. „Neben der finanziellen Ersparnis kommt es dabei insbesondere zum Bürokratieabbau und Wegfall einiger Tätigkeiten in der Verwaltung“, so Stephanie Harms. Im Haushaltsplan sind für die Auszahlung der Fraktionsgeschäftsführungskosten und Sitzungsgelder 19 Arbeitstage angesetzt. Damit haben die Mitarbeiter freie Kapazitäten und es können Aufgaben umverteilt werden, so Stephanie Harms.